

Schutzgebiete für Urwälder und Meere

7. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) in Kuala Lumpur, 09.–20. Februar 2004

Urwälder und Meere befinden sich weltweit in einem alarmierenden Zustand: Nur 20 Prozent der ehemaligen Urwälder existieren heute noch in großen zusammenhängenden Gebieten. Die Meere werden überfischt, industriell ausgebeutet und verschmutzt. Um diese Lebensräume und die Vielfalt ihrer Tiere und Pflanzen zu erhalten, brauchen wir ein weltweites Netzwerk von Schutzgebieten – im Wasser und an Land.

Diese Aufgabe muss die kommende UN-Konferenz zum Schutz von Urwäldern und Meeren in Kuala Lumpur, Malaysia, bewältigen. Dort müssen sich alle Regierungen zu einer sofortigen verbindlichen Umsetzung verpflichten - und die reichen Länder müssen Geld auf den Tisch legen.

Krise der Urwälder & Meere

Die Urwälder der Erde sind Lebensraum von zwei Dritteln der Land lebenden Pflanzen und Tiere. Sie bieten traditionell lebenden Völkern eine Heimat und sind deren kulturelle Wurzeln. Die meisten Urwälder werden durch industriellen Holzeinschlag und die Umwandlung in landwirtschaftliche Flächen zerstört. Gegenwärtig sind nur 12 Prozent aller Land-Ökosysteme, einschließlich der Urwälder, zum Schutz ausgewiesen.

Ozeane bedecken 70 Prozent der Erdoberfläche und beherbergen die größte Artenvielfalt unseres Planeten. Doch die Zeichen der Zerstörung sind allgegenwärtig: ölverschmutzte Strände, abgestorbene Korallenriffe, leer gefischte Gebiete. Wasser, Meeresboden und Organismen sind mit Giftstoffen belastet.

Weltweit sind bisher weniger als 0,5 Prozent der Meere als Schutzgebiet ausgewiesen. Damit sich die Tier- und Pflanzenwelt der Meere weltweit erholen kann, sind Netzwerke von Schutzgebieten notwendig.

Warum ein Netzwerk von Schutzgebieten?

Nur durch ein weltweites Netzwerk von Schutzgebieten kann das Artensterben aufgehalten werden. Dieses Netzwerk sollte nicht aus einem Flickenteppich bestehen, sondern große zusammenhängende und länderübergreifende Gebiete enthalten. Die insgesamt geschützte Fläche muss erheblich gesteigert werden. Bereits bestehende Schutzgebiete müssen durch länderübergreifende Korridore miteinander verknüpft werden.

Ein Beispiel: In den drei benachbarten afrikanischen Ländern Gabun, Kamerun und Kongo

Auf dem UN-Gipfel zu Umwelt und Entwicklung 1992 im brasilianischen Rio de Janeiro trafen sich erstmals die Regierungen der Erde, um Lösungen für die globalen Umweltkrisen zu suchen. Die Klimaveränderung und der dramatische Verlust an Urwäldern auf der Erde wurden als besonders bedrohlich erkannt.

Abschließend wurde unter anderem die **Konvention über Biologische Vielfalt** (Convention on Biological Diversity, **CBD**) unterzeichnet, die seit 1994 in Kraft ist.

Mit der CBD steht nach Rio ein völkerrechtlich verbindliches Übereinkommen zur Verfügung. 188 Staaten und die Europäische Gemeinschaft sind Vertragsparteien der CBD.

gibt es bereits geschützte Urwaldregionen. Für den Artenschutz wäre eine Verknüpfung der Schutzgebiete sinnvoll, da sich Tiere und Pflanzen über Grenzen hinweg bewegen bzw. ausbreiten.

Schutz-Kategorien

Nach den Vorstellungen von Greenpeace sollte jedes Schutzgebiet in mehrere Zonen eingeteilt werden. In den schützenswertesten Teilen des Urwaldes soll zum Beispiel gar nicht mehr eingeschlagen werden dürfen. Ölbohrungen, Goldsuche und Straßenbau sollen verboten sein. Um die strikten Schutzzonen herum muss der Wald nach ökologisch und sozial nachhaltigen Kriterien bewirtschaftet werden. Einzigartiges Beispiel dafür: das weltweit anerkannte Waldzertifizierungssystem des Forest Stewardship Council (FSC). Das FSC-Siegel garantiert dem Käufer, dass bei der Holzgewinnung keine Urwälder zerstört wurden. In so zertifizierten Wäldern ist Kahlschlag verboten, Bäume werden nur einzeln entnommen. Abgestorbene Bäume bleiben als „Totholz“ im Wald und sind dort wichtiger Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Chemieeinsatz und Düngung mit dem Ziel, den Holzertrag zu steigern, sind verboten.

Auch in den Meeren sollten Schutzgebiete in Kern- und Pufferzonen eingeteilt werden. 30 bis 40 Prozent der Meeresökosysteme sollten strikt geschützt werden. Industrielle und zerstörerische Aktivitäten wie Fischerei, Öl- und Gasförderung, Sand- und Kiesabbau sind in solchen Kernzonen nicht erlaubt. In den Pufferzonen soll eine menschliche Nutzung in begrenztem Maße erlaubt sein, zum Beispiel die nichtindustrielle Fischerei, Ökotourismus oder die Einrichtung von Windparks.

Bei der Wahl der Meeresschutz-Gebiete kommt bereits sehr zerstörten Regionen wie der Nord- oder Ostsee eine besondere Rolle zu, die Tier- und Pflanzenwelt dort braucht dringend Schutz. Aber auch die Hohe See – Hunderte von Meilen vom Festland entfernt – beherbergt eine einzigartige, oftmals noch unberührte Artenvielfalt, die geschützt werden muss.

Das Netzwerk von Schutzgebieten für Urwälder und Meere kann nur dann als „effektiv“ bezeichnet werden, wenn dort tatsächlich keine Tier- und Pflanzenarten mehr durch menschliche Einwirkung aussterben.

Die derzeit zum Schutz ausgewiesenen Gebiete existieren zum Teil nur auf dem Papier. Obwohl es verboten ist, wird in vielen Schutz-

gebieten gewildert oder gerodet. Viele werden so schlecht gemanagt, dass der Lebensraum der dort heimischen Tiere und Pflanzen nicht geschützt wird. Oft fehlt das notwendige Geld, um ausreichende Kontrollen durchzuführen.

Artensterben bis 2010 deutlich verringern

Mit Artikel 8 der CBD haben die Vertragsstaaten die Einrichtung eines Netzwerkes von Schutzgebieten ratifiziert. Bis heute ist diese Verpflichtung nicht erfüllt worden.

Im April 2002 beschloss die CBD auf ihrer letzten Konferenz in Den Haag, das weltweite Artensterben „bis 2010 deutlich zu verringern“. Diesem Ziel haben sich die Staats- und Regierungschefs auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) in Johannesburg im September 2002 angeschlossen.

Im November 2003 empfahl der wissenschaftliche Beirat der CBD (Subsidiary body of Scientific, Technical and Technological Advice, SBSTTA), unter Einbeziehung indigener Völker bis 2010 ein Schutzgebieten-System einzurichten. Auf der CBD-Vertragsstaatenkonferenz im Februar in Malaysia muss es darum gehen, diese Empfehlungen in Beschlüsse umzusetzen und ihre Finanzierung zu sichern.

Geld muss auf den Tisch

Dem Fünften Weltparkkongress im September 2003 zu Folge sind weltweit insgesamt etwa 33 Mrd. US-Dollar (etwa 26 Milliarden Euro) jährlich erforderlich, um die bestehenden Schutzgebiete zu erhalten und neue Schutzgebiete einzurichten. Investiert werden bisher jedes Jahr weltweit nur acht Mrd. US-Dollar (etwa sechs Milliarden Euro) für Schutzgebiete.

Die fehlenden 25 Milliarden US-Dollar (etwa 20 Milliarden Euro) pro Jahr müssen die Regierungen auf dem nächsten UN-Gipfel in Malaysia zum Schutz von Urwäldern und Meeren zur Verfügung stellen. Jede Nation sollte zu einem, seinen ökonomischen Möglichkeiten entsprechenden Beitrag angehalten werden. Die deutsche Bundesregierung sollte jährlich eine Milliarde Euro bereitstellen.

Urwald unter Schutz

Greenpeace kämpft seit Jahrzehnten international für den Schutz der Wälder. Über 30.000 Quadratkilometer Waldfläche konnten mit Hilfe von Greenpeace bisher geschützt werden. Das ist eine Fläche so groß wie Belgien. Doch die Zerstörung der Wälder schreitet um ein Vielfaches schneller voran als ihr Schutz. Diesen Trend umzukehren, ist Aufgabe der CBD.

Deni Land	Brasilien	16 400 km ²	Einschlagstopp
Great Bear Rainforest	Kanada	7 000 km ²	Moratoriumsverlängerung
Last of the Last	Finnland	3 000 km ²	Moratorium
Onega	Russland	2 000 km ²	Nationalpark
Kiunga Aimbak	Papua Neuguinea	2 500 km ²	Einschlagstopp
Kalevalski	Russland	760 km ²	Nationalpark
Kellerwald	Deutschland (Hessen)	60 km ²	Nationalpark
Gesamt		31 720 km²	

Streitpunkte in Malaysia

- Ein Knackpunkt der siebten Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die Biologische Vielfalt (COP7, CBD) in Kuala Lumpur, Malaysia, wird das Arbeitsprogramm zu den Schutzgebieten sein:¹ Wird tatsächlich ein international abgestimmtes Netzwerk von Schutzgebieten rund um den Erdball verbindlich beschlossen?
- Geld: Werden sich die Delegierten auf einen konkreten Plan einigen, wie die Schutzgebiete zu Lande und zu Wasser finanziert werden sollen? Werden die reichen Länder bereit sein, Geld für Schutzgebiete in Entwicklungsländern zu zahlen?
- Können sich die CBD-Staaten auf einen konkreten Zeitplan einigen, bis wann Schutzgebiete eingerichtet sein müssen?
- Wird es eine internationale Arbeitsgruppe geben, die die Einzelstaaten zwingen kann, die Schutzgebiete einzurichten? Oder wird eine solche Arbeitsgruppe als Einmischung in die nationalstaatliche Souveränität abgelehnt?
- Auch ist bisher heftig umstritten, ob die CBD-Beschlüsse auch für die Hohe See

¹ Ein weiterer Streitpunkt wird sich um das Arbeitsprogramm zum Technologietransfer entzünden. Zudem ist die Einrichtung eines internationalen Rechtssystems umstritten, das die Zugangsbedingungen zu genetischen Ressourcen regelt und festlegt, wer für deren Nutzung an wen zahlen muss (Access and Benefit Sharing, ABS-Regime).

gelten sollen – also den Bereich außerhalb der nationalen Gerichtsbarkeit. Dort gibt es z.B. an Tiefseebergen oder Kaltwasserkorallenriffen eine einzigartige Artenvielfalt, die dringend vor zerstörerischen Fischereimethoden wie der Grundschleppnetzfisherei geschützt werden muss. Fischereinationen wie Japan oder Neuseeland versuchen, Schutzgebiete in diesen Regionen zu verhindern.

Welche CBD-Mitgliedsstaaten unterstützen die Einrichtung von Schutzgebieten, wer blockiert?

- Europa: Auf der paneuropäischen Vorbereitungskonferenz in Madrid (19.-21. Januar 2004) hat sich gezeigt, dass die EU-Länder und die Erweiterungsstaaten auch im Verbund mit den zentral- und osteuropäischen Staaten ein ehrgeiziges und verbindliches globales Netzwerk von Schutzgebieten unterstützen. Die EU will ein rechtlich unverbindliches Arbeitsprogramm ablehnen, wenn es nicht wirksam ist.
- Zum Schutz der Artenvielfalt an Tiefseebergen unterstützt die EU sogar einen Aufruf an die Generalversammlung der Vereinten Nationen, gegen die Grundschleppnetzfisherei in diesen Gebieten ein Moratorium zu verhängen.
- Die Gruppe der lateinamerikanischen Staaten scheinen die ehrgeizigen Ziele und Zeitpläne zu unterstützen, machen ei-

ne verbindliche Zusage allerdings von technischer und v.a. finanzieller Unterstützung durch die reichen Länder abhängig.

- Unklar ist bisher, wie sich die asiatischen Länder verhalten werden. Malaysia als Gastgeber und Vorsitzender der COP7 hat das Thema Schutzgebiete von der Tagesordnung der Ministerrunde genommen, die für die letzten drei Tage (18.-20. Februar 2004) angesetzt ist. Auch ein Dialog mit der Zivilgesellschaft, der bei solchen Ministertreffen üblich ist, wird von den Gastgebern nicht organisiert. Das ist ein schlechtes Zeichen für ein Land, das die Rechte der eingeborenen Völker mit Füßen tritt und die letzten Urwälder, Heimat der extrem bedrohten Orang-Utans, industriell zerstört.
- Die USA, die die CBD bis heute nicht ratifiziert haben, werden mit einer sehr großen Delegation in Kuala Lumpur erscheinen und alle Ergebnisse zu verhindern versuchen, die rechtliche Konsequenzen haben könnten.

Greenpeace fordert:

Greenpeace ruft die Regierungen auf, gemäß Artikel 8 der CBD in Kuala Lumpur ein Arbeitsprogramm für Schutzgebiete mit verpflichtenden Zielen und Zeithorizonten zu beschließen. Dazu ist es notwendig,

1. dass die Vertragsstaaten jedes Jahr zusätzlich 25 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen, um bis 2010 ein globales Netzwerk von Schutzgebieten aufbauen und erfolgreich unterhalten zu können. Deutschland muss davon jährlich eine Milliarde Euro übernehmen.
2. Stopp aller industriellen Aktivitäten in den letzten Urwäldern wie Holzeinschlag, Ölbohrungen, Goldsuche oder Straßenbau. Dazu soll die umfassende Kartierung der Ökosysteme im Wasser und an Land weiter entwickelt werden.
3. die indigenen Völker und lokale Bevölkerung an Entscheidungsprozessen zu beteiligen.
4. dass die Beschlüsse der CBD auch auf der Hohen See – den Meeresbereichen

außerhalb der nationalen Gerichtsbarkeit – Gültigkeit haben.

5. dass die USA die CBD endlich auch ratifizieren.

Greenpeace e.V.
Große Elbstraße 39
22767 Hamburg
Tel. 040-30618-0
Fax: 040-30618-100

Email: presse@greenpeace.de
www.greenpeace.de/urwald

Martin Kaiser: Mob. +49 171 8780817